

## **Gemeinsame Stellungnahme der Mitglieder des Ankumer Gemeinderates zu der geplanten Umstrukturierung des Marienhospitals Ankum-Bersenbrück**

Die geplante Umstrukturierung des Marienhospitals Ankum-Bersenbrück von einem Krankenhaus der Grund- und Regelversorgung, mit über 360 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, zu einem regionalen Gesundheitszentrum hat uns Ratsmitglieder in den letzten Tagen schwer getroffen und mit großer Sorge erfüllt.

Als die Mitglieder des Gemeinderates am 08.11.2022 von der Geschäftsführung der Niels-Stensen-Kliniken informiert wurden, war der Schock über das Ausmaß der Veränderungen groß. Eine Umsiedlung der Geburtsstation nach Quakenbrück, die Schließung der Intensivstation und der Notaufnahme und der damit einhergehende Stellenabbau am Ankumer Standort von ca. 360 Beschäftigten auf nur noch ca. 100 ist ein schwerer Schlag nicht nur für Ankum, sondern für die gesamte Region! Das können und wollen wir nicht hinnehmen!

Dass das Ankumer Krankenhaus seit Jahren schon wirtschaftlich schwere Zeiten durchlebt, war jedem bekannt. Aber dass nun ein so gravierender Einschnitt von Seiten des Niels-Stensen-Verbundes geplant ist, hat doch sehr überrascht und trifft vor allem die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen hart. Sie sind diejenigen, die unmittelbar und am stärksten die Konsequenzen dieser Umstrukturierung spüren werden. Daher muss es unser Ziel sein, dass die vorhandenen Arbeitsplätze im Marienhospital weitgehend erhalten bleiben.

Außerdem darf unserer Meinung nach die Wirtschaftlichkeit eines Krankenhauses nicht der alleinige ausschlaggebende Punkt für den Weiterbestand eines Standortes wie Ankum sein. Die viel diskutierte ärztliche Versorgung in der ländlichen Region gestaltet sich ohnehin schwierig, sodass die Schließung eines Krankenhausstandortes das vollkommen falsche Signal ist! Nach dem Grundgesetz hat jeder Mensch „das Recht auf Freiheit und körperliche Unversehrtheit“. Hier liefert das Ankumer Krankenhaus seit Jahrzehnten einen wesentlichen Beitrag in der Region. Daher ist insbesondere die Politik auf Kreis-, Landes- und Bundesebene gefordert nun tätig zu werden und die vielen lauten Stimmen in Ankum und Umgebung anzuhören. Nicht ohne Grund hat die Petition zum Erhalt des Marienhospitals Ankum-Bersenbrück innerhalb von 48 Stunden mehr als 13.000 Unterschriften gesammelt. Auch wir werden diese Initiative unterstützen und fordern den weitgehenden Erhalt des Leistungsspektrums unseres Krankenhauses.

Auf kommunaler Ebene werden wir an der Wirtschaftlichkeit des Krankenhauses wenig ändern können. Dies kann nur auf Landes- und Bundesebene geschehen, indem gute ärztliche Versorgung auch entsprechend vergütet wird. Es verlangt niemand, dass ein Krankenhaus von der Größe des Marienhospitals Ankum-Bersenbrück Gewinne abwerfen muss, aber wenn ein Krankenhaus mit über 800 Geburten im Jahr, einer Vielzahl von Notaufnahmefällen und Operationen wirtschaftlich nicht mehr überlebensfähig ist, müssen die politischen Stellschrauben neu justiert werden. Dies scheint auf Landesebene jedoch leider nicht gewollt zu sein.

Abgesehen davon wurde auf kommunaler Ebene mehrfach ins Marienhospital Ankum-Bersenbrück investiert, zuletzt vor gut einem Jahr, als die Gemeinde Ankum und die Samtgemeinde Bersenbrück über 1 Mio. Euro für die Ausstattung der Gastroenterologie zur Verfügung gestellt haben. Viel mehr finanzielle Unterstützung ist auf kommunaler Ebene nicht leistbar.

Was uns und viele Bürgerinnen und Bürger zusätzlich fassungslos gemacht hat, sind die Pläne zum Abriss des Altbaus des Krankenhauses. Hier werden wir den von Bürgermeister Klaus Menke vorgebrachten Vorschlag einer Veränderungssperre für den Bebauungsplan des Ankumer

Krankenhauses vollumfänglich unterstützen, sodass eine Nutzungsänderung oder ein Abriss des historischen und ortsbildprägenden Gebäudes nicht ohne Zustimmung des Gemeinderates erfolgen können.

Ein erstes positives Signal kam nun von Seiten des Landkreises, was die Standortsicherung der Rettungswache angeht. Diese soll laut Dr. Wilkens vom Landkreis Osnabrück sogar durch einen zusätzlichen Rettungswagen und einen Krankentransportwagen aufgestockt werden. Dennoch würden die Wege zum nächsten Krankenhaus natürlich länger, was noch ein Grund mehr ist, dass wir uns für den Erhalt des Marienhospitals Ankum-Bersenbrück einsetzen müssen.

In der Pressemitteilung der Niels-Stensen-Klinken schreibt der Geschäftsführer Herr Lullmann: „Wir möchten diesen Veränderungsprozess in Ankum jetzt zusammen mit den Mitarbeitenden aber auch mit den niedergelassenen Ärzten, Vertretern der Kommunen, des Landkreises, der Kirchengemeinde und des Landes gestalten“.

Bisher wurden wir Ratsmitglieder nur über das neue Konzept der Niels-Stensen-Klinken informiert. Wir würden gerne „mitgestalten“!

Daher beantragen wir gemeinsam die Ergänzung der Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung am 08.12.2022 um den Top „Krankenhaus“, um dort ausführlich über die aktuelle Lage, die geplanten Veränderungen und die Einflussmöglichkeiten des Gemeinderates zu diskutieren. Wir wollen nichts unversucht lassen, um den Krankenhausstandort Ankum zu erhalten!

Diese Stellungnahme erfolgt im Namen aller Ratsmitglieder.



Jan Sandbrink, Fraktionsvorsitzender UWG



Andre Campe, Fraktionsvorsitzender CDU



Heinrich Möller, Fraktionsvorsitzender SPD



Ralf Gramann, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen